



Die jüngste Protestwelle im Iran sorgt international für diplomatische Spannungen. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat sich ungewöhnlich deutlich positioniert und das brutale Vorgehen der iranischen Sicherheitskräfte gegen Demonstrierende als „Staatsgewalt, die blindwütig trifft“ bezeichnet. Die Äußerung, veröffentlicht am 12. Januar auf der Plattform X, markiert eine Verschärfung des französischen Tons gegenüber der Islamischen Republik – und reiht sich ein in eine breitere westliche Reaktion auf die Eskalation im Inneren des Iran.

Macron betonte: „Der Respekt vor den grundlegenden Freiheiten ist ein universelles Gebot, und wir stehen an der Seite derjenigen, die sie verteidigen.“ Auch das Vereinigte Königreich äußerte sich ähnlich und sprach von einer „grausamen Repression“, die umgehend beendet werden müsse. Die Europäische Union ließ überdies verlauten, man ziehe verschärfte Sanktionen gegen Teheran in Betracht.

## Wiederaufflammen des Protests – und der Repression

Auslöser der jüngsten Protestwelle in mehreren iranischen Städten ist nach Angaben unabhängiger Beobachter die anhaltende wirtschaftliche Krise, die weit verbreitete Korruption sowie die systematische Unterdrückung politischer und gesellschaftlicher Freiheiten. Die Spannungen hatten sich zuletzt erneut zugespitzt, nachdem mehrere Demonstrierende bei Einsätzen der Sicherheitskräfte ums Leben kamen.

Die Islamische Republik Iran reagierte mit altbekannter Härte. Regierungskritische Versammlungen wurden aufgelöst, Kommunikationsdienste blockiert, dutzende Personen festgenommen. In ihrer Außenwirkung jedoch reagiert die Regierung unter Präsident Ebrahim Raisi empfindlich auf Kritik aus Europa: Am Montag wurden die Botschafter oder Geschäftsträger Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Großbritanniens ins iranische Außenministerium einbestellt – als Protest gegen deren „Einmischung“.

## Russland springt dem Iran bei

Russland, das seit Jahren zu den wichtigsten geopolitischen Unterstützern der Islamischen Republik zählt, schloss sich der Kritik aus Teheran an. Das russische Außenministerium sprach von „versuchten äußeren Einmischungen“ und warnte vor einer Instrumentalisierung der Proteste für geopolitische Zwecke. Diese Reaktion verdeutlicht die strategische Allianz zwischen Moskau und Teheran – insbesondere vor dem Hintergrund westlicher Sanktionen gegen beide Länder und ihrer wachsenden sicherheitspolitischen Kooperation.

Bereits im Ukraine-Krieg hatte Iran Russland mit Drohnen und Munition beliefert – und sich



damit klar gegen westliche Interessen positioniert. Umgekehrt profitiert Teheran von russischer Rückendeckung im UN-Sicherheitsrat und bei bilateralen Handelsabkommen, die helfen sollen, internationale Isolation abzumildern.

## Der Westen unter Druck – und in einer strategischen Zwickmühle

Die europäische Unterstützung für die Demonstrierenden im Iran erfolgt in einem geopolitisch heiklen Kontext. Einerseits will die EU klare Signale für Menschenrechte und Demokratie setzen, andererseits bleibt das Land sicherheitspolitisch relevant – etwa in der Frage der nuklearen Nichtverbreitung oder als Regionalmacht im Mittleren Osten.

Seit dem Scheitern des Atomabkommens (JCPOA) 2018 und der nachfolgenden Eskalation der Urananreicherung steht das Verhältnis zwischen Teheran und dem Westen unter enormem Druck. Auch der neuerliche Versuch, Verhandlungen über ein neues Abkommen aufzunehmen, gilt als blockiert. Vor diesem Hintergrund könnten neue Sanktionen zwar ein Signal setzen, jedoch auch den ohnehin kaum noch existenten diplomatischen Kanal endgültig kappen.

## Symbolik und Grenzen westlicher Solidarität

Macrons Worte sind ein deutliches Signal – nicht nur an Teheran, sondern auch an die eigene europäische Öffentlichkeit. Frankreich positioniert sich damit einmal mehr als Stimme der Prinzipienpolitik, in einer Zeit, in der geopolitische Realitäten oft zum Rückzug auf das Machbare zwingen.

Gleichzeitig bleibt fraglich, wie wirksam diese Worte und etwaige Sanktionen sein können. Die Islamische Republik Iran hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend gegen den Westen abgeschottet und alternative Partnerschaften – etwa mit China und Russland – ausgebaut. Der innenpolitische Druck wird durch äußere Kritik in der Regel nicht verringert, sondern von der Führung zur Mobilisierung nationalistischer Reflexe genutzt.

Dennoch zeigt die aktuelle Entwicklung: Der Konflikt zwischen autoritärer Herrschaft und dem Streben nach Freiheit bleibt auch 2026 ein globales Thema. Und Europa steht dabei immer wieder vor der Frage, wie viel es für seine Werte zu riskieren bereit ist.

Autor: Andreas M. Brucker